

Erfurt, 07. Juni 2023

Fraktionsbeschluss Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für eine moderne Polizeibildung

I. Ausgangslage

Seit dem Antritt von Rot-Rot-Grün haben wir gemeinsam die personelle und materielle Ausstattung der Thüringer Polizei konsequent verbessert. Nach Jahren des Sparkurses unter CDU-Regierungen waren diese Maßnahmen dringend notwendig, um eine bürger*innenfreundliche, moderne und gut ausgestattete Thüringer Polizei zu schaffen. Durch die verstärkte Einstellung von Polizeianwärter*innen werden wir bald in der Situation sein, neue Planstellen im Haushalt schaffen zu müssen, um die Anwärter*innen einstellen zu können. Nachdem die dringendsten Baustellen im Polizeibereich damit nun bearbeitet sind, ist die Zeit gekommen, sich um grundsätzliche Reformen bei der Polizei zu kümmern. Die wichtigsten betreffen Polizeiausbildung und -studium.

II. Problemanalyse

An den Thüringer Polizeibildungseinrichtungen werden die Grundlagen gelegt, auf die unsere Polizist*innen später ihr gesamtes Berufsleben zurückgreifen werden. Im Rahmen des lebenslangen Lernens werden sie regelmäßig an die Bildungseinrichtungen zurückkehren. Eine zeitgemäße und hochwertige Ausbildung der Polizist*innen ist deshalb enorm wichtig. Mit Blick darauf kann uns die Situation an den Bildungseinrichtungen nicht zufriedenstellen. Dies betrifft sowohl die bauliche Situation in Meiningen, als auch strukturelle und inhaltliche Fragen.

Die Liegenschaft der Bildungseinrichtungen in Meiningen wurde über Jahrzehnte durch CDU-Regierungen vernachlässigt. Unter Rot-Rot-Grün wurde begonnen, diesen Investitionsstau konsequent abzubauen. Doch viel wichtiger als Investitionen in die Infrastruktur sind die Investitionen in die Köpfe unserer (zukünftigen) Polizist*innen und hier entsprechen die Bildungseinrichtungen nicht mehr den Erwartungen an eine moderne (Hochschul-)Bildung.

Mit dem Haushalt 2023 hat der Landtag deshalb auf Initiative von Rot-Rot-Grün finanzielle Mittel für die Erstellung eines Gutachtens für den „Thüringer Polizeibildungs-Campus 2030“ zur Verfügung gestellt. Mit diesem Gutachten sollen die Grundlagen für die Modernisierung analog dem Gutachten für die Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule gelegt werden – sowohl im Hinblick auf die Infrastruktur als auch im Hinblick auf Ausbildung und Studium.

III. Lösungen

Als Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen wir uns in diesem Rahmen dafür ein, die Verwaltungsfachhochschule Gotha weiterzuentwickeln. Sie soll eine eigene Rechtsfähigkeit bekommen und dem Wissenschaftsministerium zugeordnet werden. Demzufolge sollte sie in die Liste der Hochschulen in §1 Abs. 2 des Thüringer Hochschulgesetzes und in die Rahmenvereinbarung aufgenommen werden. Die Polizeibildungseinrichtungen sollen dabei vollständig (also inklusive dem Polizeibildungszentrum) in die Verwaltungsfachhochschule integriert werden.

Derzeit verfügen die Polizeibildungseinrichtungen über keine einzige Professur, ein akademischer Mittelbau ist faktisch nicht vorhanden und die Lehrkräfte haben neben der Lehre kaum Zeit für Forschung. Für Wissenschaftler*innen sind die Bildungseinrichtungen somit relativ unattraktiv und die Gewinnung von Fachkräften wird sich in den kommenden Jahren wesentlich verschlechtern, wenn wir dies nicht ändern. Mit der Aufnahme in das Hochschulgesetz kann in Meiningen eine Forschungslandschaft aufgebaut werden, die ebenfalls für den Transfer von Erkenntnissen in die Praxis der Polizei sorgt und damit einen wichtigen Beitrag zur weiteren Professionalisierung der Polizeiarbeit leistet.

In den vergangenen Jahren lag der Fokus darauf, möglichst schnell eine ausreichende Anzahl an Polizist*innen auszubilden, um dem demografischen Wandel in der Polizei entgegenzuwirken. Da sich die Personalsituation nun absehbar entspannen wird, ist aus unserer Sicht die Zeit gekommen, um die Ausbildungsdauer für den mittleren Polizeivollzugsdienst von zwei auf zweieinhalb Jahre zu verlängern. Zwei Jahre reichen schlicht nicht aus, um das komplexe Wissen, das Polizist*innen heute benötigen in der nötigen Ruhe und Tiefe zu vermitteln.

Bereits jetzt können zudem Studierende Vertiefungsmodule in Kriminalistik belegen. Gerade in diesem Bereich ist durch die Entwicklungen in der modernen Gesellschaft eine weitere Professionalisierung und Vertiefung notwendig. Wir streben deshalb in naher Zukunft an, einen vertiefenden Studiengang für den gehobenen Dienst in Kriminalistik anzubieten.

Auf unsere Initiative hin wurde mit dem Aufbau des Sozialen Kompetenzzentrums (SKZ) begonnen. Dieser Weg muss konsequent weitergegangen werden. Insbesondere der Erfahrungsweg des SKZ bietet großes Potenzial, zu einem Ort der Reflexion der polizeilichen Alltagspraxis zu werden. Der Erfahrungsweg des SKZ kann insbesondere im Rahmen von Fortbildungen wesentlich dazu beitragen, dass unbewusste Orientierungsmuster, bspw. im Rahmen von Schulungstagen ganzer Dienstgruppen, professionell moderiert, an die Oberfläche geholt werden. Somit werden diese ansprechbar, diskutierbar und v.a. bearbeitbar. Damit der Erfahrungsweg aber wirklich eine Wirkung entfaltet, braucht es qualifiziertes Trainer*innen- und Moderator*innenpersonal. Zudem muss das SKZ in die Lage versetzt werden, Polizeiforschung zu betreiben. Hierbei geht es insbesondere um die Forschung über die Polizei um Erkenntnisse über Verbesserung der Polizei(arbeit) zu erlangen.

Auch aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen können so schnell und professionell in die Aus- und Fortbildung sowie das Studium einfließen.

Die Umstrukturierung der Polizeibildung wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Bis dahin sollte insbesondere Situation der Lehrkräfte durch weitere Einstellungen verbessert werden. Zudem ist diesen auch Arbeitszeit für eigene Forschung einzuräumen.

Wir sind überzeugt, dass die Aus- und Fortbildung sowie das Studium unserer Polizist*innen mit diesen Maßnahmen auf ein noch höheres Niveau gehoben werden kann.

Ansprechpartnerin

Madeleine Henfling, Sprecherin für Innenpolitik

Telefon: 0361 37-72675

E-Mail: madeleine.henfling@gruene-thl.de